

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 18.02.2016,
im Kreishaus Borken

Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Dr. Kai Zwicker Landrat

Mitglieder:

Michael Boland Bocholt Vertretung für Frau Magdalene Garvert

Heidi Breuer Südlohn

Barbara Büscher Stadtlohn

Otger Harks Stadtlohn

Volker Jürgen Himmel Gronau

Markus Jasper Heek

Anne König Borken Vertretung für Herrn Paul Lensing

Elisabeth Lindenhahn Raesfeld

Gerhard Ludwig Borken

Markus Schulte Gronau

Silke Sommers Bocholt

Jens Steiner Heek

Gerti Tanjsek

Jörg von Borczyskowski Gronau

Christel Wegmann Rhede

Gertrud Welper Vreden

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster Kreisdirektor

Dr. Hermann Paßlick Ltd. Kreisrechtsdirektor

Hubert Grothues Ltd. Kreisbaudirektor

Wilfried Kersting Kreiskämmerer

Michael Weitzell

Karlheinz Gördes

Markus Prangenberg

Burkhard Venhues

Kerstin Ritzenhöfer

Kirsten Bertling

Simone Werk

zu TOP 24
zu TOP 5

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Dr. Zwicker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Er stellt weiterhin Einvernehmen fest, die Tagesordnung um den Punkt „Beschwerde gem. § 21 KrO“ zu erweitern und weist auf den unter dem Punkt „Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien“ aufgenommenen Antrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2016 hin. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für den Kreistag und den Kreisausschuss
Vorlage: 0278/2015**

Berichterstatter/in: Landrat Dr. Zwicker

Beschluss: einstimmig

Kreisamtfrau Kirsten Bertling wird als Nachfolgerin für Kreisinspektorin Katrin Gellenbeck zur stellvertretenden Schriftführerin für den Kreisausschuss und Kreistag bestellt.

Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 03.12.2015

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 03.12.2015 wird genehmigt.

Punkt 3: Beschwerde gem. § 21 KrO

Berichterstatter/in: Landrat Dr. Zwicker

Landrat Dr. Zwicker verweist auf die als Tischvorlage ausgelegte Stellungnahme der Verwaltung zur Beschwerde von Herrn Heuser, die auch an ihn versandt werde. Er äußerte Verständnis für die Situation und das Anliegen von Herrn Heuser, jedoch sei die Bezirksregierung Münster zuständig. Entsprechend werde das Schreiben von Herrn Heuser an die Obere Wasserbehörde weitergeleitet.

Ltd. Kreisbaudirektor Grothues betont, dass die vorliegende Grundwasserproblematik kein Einzelfall sei. Die Obere Wasserbehörde sei für die Sicherung der Wasserqualität zuständig, die Landwirtschaftskammer NRW für die Überwachung der Verbringung der Gülle.

Auf Anfrage von Kreisausschussmitglied Jasper antwortet Landrat Dr. Zwicker, es gebe nach Kenntnis der Verwaltung zwar Förderprogramme für Kleinkläranlagen, aber nicht für den Anschluss an die kommunale Wasserversorgung oder den Kauf von Aufbereitungsanlagen.

Kreisausschussmitglied Schulte betont, die Nitratbelastung sei bestürzend, aber auch nicht plötzlich aufgetreten, sondern das Ergebnis der addierten Belastung der letzten 30 Jahre und Ausdruck eventuell veränderter Grenzwerte.

Kreisausschussmitglied Harks schlägt vor, Betroffene sollten sich mit anderen Bewohnern der Bauerschaft zusammenschließen und gemeinsam die Kosten des Anschlusses an das kommunale Wassernetz tragen. Einzelne Parteien könnten aus hygienischen Gründen nicht angeschlossen werden, weil das Wasser dann zu lange in den Leitungen stehe.

Kreisdirektor Dr. Hörster führt aus, die Nitratbelastung sei kein lokales, sondern ein bundesweites Problem. Wo immer es möglich sei, sei der Anschluss an das Stadtwasser die beste Lösung. Alternativen seien Filteranlagen, die jedoch wiederum Verkeimungsprobleme verursachen könnten.

Kreisausschussmitglied Steiner hebt hervor, es gehe vorliegend nicht nur darum, Trinkwasser zu bezahlbaren Konditionen zu erhalten, sondern auch darum zu klären, wie das kreisweit belastete Grundwasser verbessert werden könne und ob es Hilfemöglichkeiten oder Förderprogramme oder gemeinsame Lösungen mit dem Kreis und den Kommunen für die Betroffenen gebe.

Landrat Dr. Zwicker macht abschließend deutlich, dass weitere Informationen gesammelt und weitergegeben würden und eine Beratung der Thematik in den zuständigen Fachausschüssen des Kreises erfolgen werde.

Punkt 4: Regionale 2016

Landrat Dr. Zwicker berichtet vom Richtfest des „kult“ und dankt der Presse für die intensive Begleitung sowie der Politik und den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihren Einsatz. Es seien zahlreiche Projekte und Kooperationen im Kreis auf den Weg gebracht worden, bis zum Sommer 2017 könnten noch weitere hinzukommen. Wichtig sei, in der aktuellen Flüchtlingssituation nicht die zukunftsgerichteten Projekte aus dem Auge zu verlieren.

Punkt 5: Verabschiedung der Haushaltssatzung 2016
Vorlage: 0051/2016

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker
Kreiskämmerer Kersting

Landrat Dr. Zwicker teilt mit, die Kreisumlage solle auf 28,8 Prozentpunkte festgesetzt werden. Darüber habe er am 11.02.2016 schon die Interfraktionelle Arbeitsgruppe Verwaltungsentwicklung unterrichtet.

Kreisausschussmitglied von Borczyskowski weist auf den als Tischvorlage ausliegenden Antrag der Stadt Gronau zur Verbraucherzentrale hin, den er unterstütze. Die Verbraucherzentrale werde von der Stadt Gronau 2016 weiter bezuschusst, die Kosten der Bürokraft jedoch nicht, so dass nur das Grundangebot aufrechterhalten werden könne. Es gebe eine Unterdeckung der Kosten für 2016, für die jetzt ein Zuschuss des Kreises in Höhe von 25 T EUR beantragt werde. Unabhängig davon solle über eine Neuaufstellung der Verbraucherzentrale ab 2017 gesprochen werden.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn zeigt sich überrascht von dem Schreiben der Stadt Gronau und macht deutlich, dass sie den Antrag erst mit ihrer Fraktion besprechen wolle.

Kreisdirektor Dr. Hörster stellt klar, dass nun erstens ein Antrag der Stadt Gronau auf Bezuschussung des bestehenden Angebots in 2016 über 25 T EUR, zweitens ein Antrag der SPD-Fraktion auf Bezuschussung der halben, inzwischen nicht mehr existenten Bürokraftstelle in Höhe von 11 T EUR und drittens ein Beschluss des Fachausschusses zur zeitnahen Gesprächsaufnahme zur Entwicklung einer Perspektive für die Verbraucherzentrale ab 2017 vorlägen. Im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit sei unstrittig gewesen, dass es für eine Ausweitung des Angebots auch mehr Personal geben müsse. Die ihm bekannte Auswertung der Anfragen an die Verbraucherzentrale aus 2012 habe 28 % auswärtige Hilfesuchende ausgewiesen, der Großteil davon aus Ahaus. Zum Südkreis habe kein Kontakt bestanden. Nach seiner Kenntnis habe die Stadt Gronau angedacht, auch die Umlandkommunen um einen Finanzierungsanteil zu bitten.

Kreisausschussmitglied Schulte sowie Landrat Dr. Zwicker heben hervor, dass Gespräche mit der Verbraucherzentrale über eine Ausweitung des Angebots im Kreis in der Vergangenheit erfolglos geblieben seien. Es habe keine Veränderungsbereitschaft und kein Entgegenkommen seitens der Verbraucherzentrale gegeben. Deswegen sei eine kreisseitige Förderung bislang unterblieben. Bei einer Neuausrichtung der Beratungstätigkeit sei eine Förderung mit Beteiligung des Kreises denkbar. Ein Gespräch mit der Verbraucherzentrale stehe am 09.03.2016 an.

Kreisausschussmitglied Steiner wirbt für die Bereitstellung der Mittel. Alle seien sich einig, über eine Ausweitung des Angebots der Verbraucherzentrale ab 2017 zu sprechen. Um das bisherige Angebot bis dahin zu erhalten, sei die Bezuschussung der Bürokraftstelle notwendig. Ansonsten müsse unnötigerweise eine Verschlechterung des Angebots hingenommen werden. Der Bedarf sei unstrittig gegeben; Klar sei aber auch, dass in einem Flächenkreis hiesige Bedarf teils auch durch andere Verbraucherzentralen außerhalb des Kreisgebietes aufgefangen und finanziert würden. Aktuelle Auswertungen hätten gezeigt, dass in Gronau lediglich 5 % der Beratenen nicht aus dem Kreisgebiet stammten.

Kreisausschussmitglied von Borczyskowski gibt zu bedenken, dass der Vertrag der Verbraucherzentrale in Gronau Ende 2016 auslaufe, so dass eine Entscheidung über die Weiterführung in den Haushaltsberatungen 2017 zu spät sei. Daraufhin macht Kreisdirektor Dr. Hörster deutlich, eine Lösung müsse deutlich vor den Haushaltsberatungen für das Jahr 2017 gefunden werden.

Kreisausschussmitglied Ludwig verdeutlicht, es gehe im Antrag der SPD-Fraktion zunächst um die Sicherung der Bürokraftstelle, nicht um die flächendeckende Beratung in den Kommunen. Der Kreis könne nicht eine Ausweitung des Angebots erwarten, ohne einen Zuschuss dafür zu zahlen. Mit nur einer Mitarbeiterin seien Außensprechstunden nicht möglich, bekräftigt auch Kreisausschussmitglied Lindenhahn. Sollte ihr Antrag abgelehnt werden, sei ihr vor allem wichtig, das Thema weiter zu beraten und einen guten Konsens und eine Perspektive für 2017 zu erarbeiten.

Das anberaumte Gespräch mit der Verbraucherzentrale am 09.03.2016 solle zunächst abgewartet und ausgewertet werden, wirft Kreisausschussmitglied Büscher ein. Auf dieser Grundlage könne eine weitere Erörterung und Neukonzeption erfolgen.

Kreisausschussmitglied Jasper merkt an, die Stadt Gronau habe genug Einnahmen und Mitarbeiter, um aus eigenen Mitteln eine finanzielle oder personelle Unterstützung der Verbraucherzentrale für den Übergangszeitraum sicherstellen zu können. Bis Mitte 2016 solle das Konzept für die Neuaufstellung der Verbraucherzentrale erstellt werden, das dann spätestens zum 01.01.2017 umgesetzt werden könne.

Landrat Dr. Zwicker lässt über die vorliegenden Änderungsanträge zum Haushalt abstimmen:

Antrag 01-01 „Unabhängige Pflegeberatung“

einstimmig

→ Antrag angenommen

Antrag 01-02 „Pflegekräftesicherung“

einstimmig

→ Antrag angenommen

Antrag 01-03 „Verbraucherzentrale Gronau“

Der Antrag wird ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag weitergegeben

Antrag 05-01 „Überprüfung der Kulturformate“

einstimmig

→ Antrag angenommen

Antrag 05-02 „Berichterstattung über das Projekt „Star(t)up“
einstimmig

→ Antrag angenommen

Antrag 05-03 „Einführung einer „Kultcard“ zur Eröffnung des KULT“
einstimmig

→ Antrag angenommen

Antrag 06-01 „Teilnahme an der europäischen Woche der Abfallvermeidung“

Landrat Dr. Zwicker informiert, eine Beschlussfassung über den Antrag sei nicht notwendig, da die beantragte Beteiligung der EGW an dem Projekt erfolge, soweit das Jahresthema passend sei.

Kreisausschussmitglied von Borczyskowski weist auf den ebenfalls im Anschreiben der Stadt Gronau enthaltenen Antrag auf Berücksichtigung von Planungskosten für die Feuer- und Rettungswache in Gronau in Höhe von 100.000 EUR hin. Er informiert, das entsprechende Grundstück sei bereits gesichert, die Vorplanungen seien gestartet und auch Gespräche zwischen der Stadt Gronau und dem Kreis habe es zu diesem Vorhaben bereits gegeben. Es entstünden bereits Planungskosten im Jahr 2016, der Kreis habe aber keine entsprechende Position im Haushalt für 2016 eingeplant.

Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick bestätigt die entsprechenden Gespräche, eine Kooperation sei zugesagt worden, die genaue Ausgestaltung sei aber noch unklar. Eine Beteiligung des Kreises erfolge - wie bei den bisherigen Kooperationen - für den Bau einer zweckentsprechenden Rettungswache in der bekannten Größenordnung. Eine Berücksichtigung in der Haushaltsplanung halte er für verfrüht, da noch keine konkreten Planungen vorlägen. Sofern doch bereits in 2016 Beträge fällig würden, könne dies durch Mittelumschichtungen im Budget o.ä. abgefangen werden, ergänzt Landrat Dr. Zwicker.

Abschließend stellt Landrat Dr. Zwicker Einvernehmen fest, nicht über die Haushaltsvorlage insgesamt abzustimmen, da es in den Fraktionen noch Beratungsbedarf zu einzelnen Punkten gebe.

Punkt 6: Aktuelle Flüchtlingssituation

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker
Kreisdirektor Dr. Hörster

Landrat Dr. Zwicker berichtet, zum 01.01.2016 habe es 297 Einrichtungen für Asylbewerber im Kreis Borken gegeben. Dass es zu Übergriffen auf Einrichtungen gekommen sei, sei sehr bedenklich und stimme traurig. Leider sei es nicht möglich, jede Einrichtung zu bewachen. Inhaltlich kontrovers über die Flüchtlingspolitik zu diskutieren sei legitim, aber Gewalt sei völlig inakzeptabel.

Er danke allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hilfsorganisationen, sozialen Institutionen und der Verwaltungen für die geleistete Arbeit.

Nach der Schließung von Notunterkünften werde es für deren Standortkommunen neue kommunale Zuweisungen geben. Bei der Frage der Unterbringung sei der Kreis bemüht, die Kommunen zu unterstützen. Der Kreis stehe auch bei konkreten weiteren Fragen zur Verfügung. Eine besondere Herausforderung stelle zudem die enorme Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge dar.

Kreisdirektor Dr. Hörster weist auf die Regionalkonferenz mit Innenminister Jäger hin, die am 25.02.2016 stattfinden werde. Darin würden offene Fragen besprochen, er werde dazu in der

Sitzung des Kreistages berichten. Zu den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen teilt er mit, aktuell seien dem Kreisjugendamt 50 Personen zugewiesen, die größtenteils in den Städten Bocholt, Ahaus und Borken betreut würden. Im Auftrag der Jugendämter würden hier freie Träger wie EWIBO und das DRK tätig, es würden zudem auch Ehrenamtliche für Vormundschaften oder als Gasteltern akquiriert. Problematisch sei die hohe Zahl der abgängigen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Dadurch werde die Planung der Unterbringung sehr erschwert. Im Jugendhilfeausschuss werde über die weitere Entwicklung und erste Erfahrungen berichtet.

Punkt 7: Antrag auf Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums
Vorlage: 0062/2016

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Kreisdirektor Dr. Hörster berichtet, am 16.02.2016 habe es ein Gespräch mit der Landeskoordinationsstelle für Kommunale Integrationszentren (LaKI) gegeben (Protokoll s. **Anlage 1 zur Niederschrift**). Das LaKI sei für die abschließende Genehmigung von Kommunalen Integrationszentren (KI) zuständig. Der Kreis sei demzufolge auf einem guten Wege, es gebe keine Zweifel an der Genehmigungsfähigkeit des Kreis-Antrags. Hilfreich sei es, nicht mit einer Vielzahl von Aufgabenbereichen, sondern mit einer konkreten Aufgabenstellung zu starten. Bedauerlich aus seiner Sicht sei, dass das KI eine organisatorisch abgrenzbare Einheit sein müsse. Eine Stelle sei ausschließlich mit Leitungsfunktionen zu betrauen. Eine Begründung dafür habe es nicht gegeben. Seitens des Kreises angedachte Synergieeffekte könnten vor diesem Hintergrund nicht genutzt werden. Dieser Punkt sei aber auch nicht verhandelbar. Zudem müsse aufwändig mit Stundenzetteln nachgehalten werden, welche Aufgaben von wem wahrgenommen würden.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn lehnt die bürokratischen Vorgaben des Landes ebenfalls ab, zeigt sich jedoch erfreut, dass das KI eingerichtet werden kann. Sie bittet die Verwaltung zu prüfen, ob das vom Bund aufgelegte Programm zur Unterstützung der Koordinierungsarbeit mit dem KI kompatibel sei.

Kreisdirektor Dr. Hörster antwortet, diese Prüfung sei bereits erfolgt, es gebe viele Förderprogramme, die jedoch alle eigenständig angelegt seien und nicht zwingend mit dem KI kompatibel seien. Der Kreis habe bereits einzelne Kommunen auf das neue Programm des Bundes aufmerksam gemacht. Das KI könne dann zu gegebener Zeit bei der Verzahnung der Förderprogramme tätig werden.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag nimmt den vorgelegten Sachstand zur Einrichtung eines kommunalen Integrationszentrums zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag zur Einrichtung eines kommunalen Integrationszentrums bei den zuständigen Stellen zu stellen sowie die notwendigen personellen, räumlichen und sächlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Punkt 8: Gesellschafteranteile an der Flughafen Münster-Osnabrück GmbH (FMO GmbH)
Vorlage: 0055/2016

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker
Kreiskämmerer Kersting

Landrat Dr. Zwicker informiert, dass die Kreistage in Coesfeld und Warendorf eine Erhöhung der Beteiligung abgelehnt hätten.

Kreisausschussmitglied von Borczyskowski unterstreicht, die UWG-Fraktion spreche sich weiterhin für eine vollständige Beendigung der Beteiligung am Flughafen Münster-Osnabrück aus. Zudem beantrage er in Abänderung der Vorlage, dass zukünftig die Anteile des Kreises Borken den anderen Anteilseignern zum Kauf angeboten werden.

Auch Kreisausschussmitglied Steiner spricht sich dafür aus, die Anteile abzugeben. Der Anteil des Kreises sei zu klein für eine Einflussnahme und koste demnach nur Geld. Die Fraktion B90/Die Grünen werde dem Beschlussvorschlag daher nicht zustimmen.

Landrat Dr. Zwicker schlägt als Kompromiss vor, in der Mitteilung an den Kreis Steinfurt über das Ergebnis der politischen Beratung solle deutlich gemacht werden, dass der Kreis Borken bei entsprechendem Interesse bereit sei, seine FMO-Anteile an andere Gesellschafter zu übertragen. Kreisausschussmitglied von Borczyskowski hält seinen Ergänzungsantrag aufrecht.

Landrat Dr. Zwicker lässt zunächst über den Beschlussvorschlag der Vorlage abstimmen.

Beschluss: 13 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Beteiligung des Kreises Borken an der Flughafen Münster-Osnabrück GmbH (FMO GmbH) mit einem Anteil von 0,4514 Prozent wird **nicht** erhöht.

Landrat Dr. Zwicker lässt sodann über den gegenüber dem Antrag von Kreisausschussmitglied von Borczyskowski weitergehenden Antrag, das Antwortschreiben an den Kreis Steinfurt wie oben genannt zu ergänzen, abstimmen.

Beschluss: einstimmig

**Punkt 9: Straßenbericht 2016 und Hochbauprogramm 2016 mit Energiebericht
Vorlage: 0011/2016**

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Dem Straßenbericht 2016 und dem Hochbauprogramm 2016 mit Energiebericht wird zugestimmt.

**Punkt 10: Kommunales Investitionsförderungsgesetz - Maßnahmenübersicht
Vorlage: 0039/2016**

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues
Kreiskämmerer Kersting

Kreiskämmerer Kersting informiert, dass die Prüfung der Bezirksregierung Münster ergeben habe, dass die Maßnahmen „Umgestaltung der Freianlagen am Flugplatz Stadtlohn-Vreden“ und „Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur“, die in der Vorlage dargestellt sind, ebenfalls förderfähig seien.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der beigefügten Übersicht (Stand: 28.01.2016) über die Maßnahmen, die aus Mitteln des Kommunalen Investitionsfördergesetzes gefördert werden sollen, wird zugestimmt.
2. Soweit bei der weiteren Maßnahmenplanung und -durchführung Ausgabeverschiebungen zwischen den einzelnen zu fördernden Maßnahmen entstehen, wird dem ebenfalls zugestimmt. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme der Reservemaßnahmen, wenn durch Einsparungen bei den zu fördernden Maßnahmen deren Finanzierung gesichert werden kann. Neue Maßnahmen bedürfen hingegen der Zustimmung des Kreistages.
3. Über die weitere Maßnahmenplanung und -durchführung nach dem KInvFöG NRW – insbesondere über möglicherweise nicht durchführbare Maßnahmen – wird die Verwaltung im Rahmen der Controllingberichte, des Jahresabschlusses und darüber hinaus bei Bedarf informieren.

Punkt 11: Betrauung des Münsterland e.V. mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse
Vorlage: 0257/2015

Berichterstatter/in: Landrat Dr. Zwicker
 Kreiskämmerer Kersting

Beschluss: einstimmig
 3 Enthaltungen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Kreistag beschließt den beigefügten Betrauungsakt für den Münsterland e.V.
2. Der Kreistag bevollmächtigt den Landrat, künftige Änderungen des beschlossenen Betrauungsaktes vorzunehmen, soweit dies einer erkennbaren rechtssicheren bzw. rechtskonformen Betrauung dient.
3. Der Kreistag verpflichtet die entsandten Vertreter des Kreises in der Mitgliederversammlung des Münsterland e.V., auf die Einhaltung des Betrauungsaktes und die Erbringung der in § 1 des Betrauungsaktes aufgeführten Dienstleistungen hinzuwirken.

Punkt 12: Regionalmarketing für den Westmünsterlandkreis Borken
Antrag der Fraktion B90/Die Grünen v. 31.01.2016
Vorlage: 0060/2016

Berichterstatter/in: Kreisausschussmitglied Steiner

Kreisausschussmitglied Steiner erläutert, die Idee sei, unter der Federführung der WFG mbH die Möglichkeiten für eine verbesserte Darstellung der Region auszuloten. Auf Nachfrage von Landrat Dr. Zwicker betont er, es gehe darum, eine Strategie zu erarbeiten und zu prüfen, wo das Regionalmarketing verstärkt werden könnte.

Kreisausschussmitglied Schulte betont, dies sei die originäre Aufgabe des Münsterland e.V.. Eine entsprechende neue Stelle würde Doppelstrukturen schaffen.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn schlägt vor, den Antrag im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen näher zu beraten. Grundsätzlich sei die Prüfidée zu begrüßen.

Auch Kreisausschussmitglied von Borczykowski hält einen Prüfauftrag, der von der WFG mbH umgesetzt werden könnte, für sinnvoll.

Kreisausschussmitglied Jasper teilt die Auffassung, dass eine genauere Beratung im Fachausschuss sinnvoll sei und schlägt ergänzend vor, eine Abstimmung mit dem Münsterland e.V. vorzunehmen, um Doppelstrukturen zu vermeiden.

Landrat Dr. Zwicker lässt sodann über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Kreisverwaltung und federführend die WFG mbH sollen prüfen, wo das Regionalmarketing verstärkt/gebündelt werden könnte. Um mögliche Doppelstrukturen zu vermeiden, soll dabei eine Abstimmung mit dem Münsterland e.V. erfolgen. Eine inhaltliche Beratung über den Antrag soll in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauen erfolgen.

Punkt 13: Weiterführung des Projektes "Praxismonat Allgemeinmedizin" zur Verbesserung der hausärztlichen Versorgung im Kreis Borken
Vorlage: 0027/2016/1

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Dem Konzept „Praxismonat Allgemeinmedizin“ wird zugestimmt. Die Mittel in Höhe von jährlich 20.000 € werden im Haushalt 2017 bis 2019 – Budget 04 – zur Verfügung gestellt.

Punkt 14: Abberufung und Bestellung von Rechnungsprüfern für die Facheinheit 14 - Revision
Vorlage: 0277/2015

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Frau Petra Cordes und Frau Stephanie Schmidt werden als Rechnungsprüferinnen abberufen.

Frau Heike te Vrugt und Frau Sonja Diepenseifen werden als Rechnungsprüferinnen bestellt.

Punkt 15: Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien

Punkt 15.1: Antrag auf Umbesetzung;
Antrag der SPD-Fraktion v. 20.01.2016
Vorlage: 0064/2016

Berichtersteller/in: Kreisausschussmitglied Lindenhahn

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt folgende Umbesetzung:

Ausschuss für Kultur und Sport
Statt des bisherigen Mitgliedes Gerti Tanjsek
neu SB Manfred Maeteling

Statt des bisherigen Stellvertreters (für Uta Röhrmann) SB Manfred Maeteling
neu KTM Gerti Tanjsek

Punkt 16: Fortschreibung des Bedarfsplans für den Rettungsdienst im Kreis Borken
Vorlage: 0033/2016

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Paßlick

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Die der Vorlage beigelegte Ergänzung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst im Kreis Borken zur Aus- und Weiterbildung von Notfallsanitätern (Anlage 1 zum Rettungsdienstbedarfsplan - Fortschreibung 2014) wird beschlossen.
2. Dem fehlenden Einvernehmen der Krankenkassen zu den Detailpunkten (Ausbildung der Leitstellen-Mitarbeiter und Redundanz) wird insofern Rechnung getragen, als der Umfang der auszubildenden Notfallsanitäter bis zu einer Einigung auf den anerkannten Bedarf begrenzt wird.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zu den noch nicht einvernehmlich geregelten Punkten mit den Krankenkassen Verhandlungen zu führen.

Punkt 17: Aufstellungsbeschluss zum Landschaftsplan "Heiden"
Vorlage: 0014/2016

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

- a) Die Aufstellung des Landschaftsplanes „Heiden“ wird beschlossen.
- b) Der Landschaftsplan „Heiden“ umfasst folgende Grundstücke (siehe Kartendarstellung, Anlage):
Gemarkung Heiden, Fluren 1, 2, 3, 6, 7, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 24, 25, 26, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63
- c) Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Punkt 18: Aufstellungsbeschluss zum Landschaftsplan "Borken-Süd"
Vorlage: 0015/2016

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

- a) Die Aufstellung des Landschaftsplanes „Borken-Süd“ wird beschlossen.
- b) Der Landschaftsplan „Borken-Süd“ umfasst folgende Grundstücke (siehe Kartendarstellung, Anlage):
 - Gemarkung Borken, Fluren 1, 14, 31, 33, 36
 - Gemarkung Grütlohn, Fluren 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9
 - Gemarkung Hoxfeld, Fluren 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9
 - Gemarkung Marbeck, Fluren 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23
 - Gemarkung Rhedebrügge, Fluren 3, 5, 101, 102, 104, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116
 - Gemarkung Westenborken, Fluren 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9
- c) Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

**Punkt 19: Projektierung eines mit Deponiegas betriebenen Blockheizkraftwerks zur Versorgung des Kreishauses Borken mit Energie (Wärme und Strom) als Nachfolgelösung für die vorhandene Kohleheizung
Vorlage: 0044/2016**

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Umsetzung des Projektes zum Bau eines mit Deponiegas betriebenen Blockheizkraftwerkes zur Versorgung des Kreishauses Borken mit Energie (Wärme und Strom) als Nachfolgelösung für die vorhandene Kohleheizung wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung unter Berücksichtigung der Heizperiode 2016/2017 durchzuführen.

**Punkt 20: Nebentätigkeiten des Landrats Dr. Kai Zwicker
Vorlage: 0020/2016**

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Landrat Dr. Zwicker übergibt für diesen Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung an die stellvertretende Landrätin Sommers. Er begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beratung nicht teil.

Auf Anfrage von Kreisausschussmitglied von Borczyskowski teilt Kreisdirektor Dr. Hörster mit, der angesprochene Erlass des Innenministeriums zur Berücksichtigung von Entschädigungen in Gremien der RWE sei noch nicht gültig und werde noch politisch beraten. Der bisherige Entwurf behandle auch den Aspekt des Vertrauensschutzes für die Vergangenheit. Für die Vorlage sei die geltende Rechtslage berücksichtigt.

Der Kreisausschuss nimmt die von Landrat Dr. Kai Zwicker angezeigten Nebentätigkeiten zur Kenntnis.

Punkt 21: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 22: Anfragen

**Punkt 22.1: Einsatz von blauen Wildwarnreflektoren an Kreisstraßen
Anfrage der Fraktion B90/Die Grünen v. 31.01.2016
Vorlage: 0058/2016**

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick informiert, die Anfrage sei bereits in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauen am 01.02.2016 beantwortet worden. Das Thema werde in einer der nächsten Sitzungen des Fachausschusses erneut beraten.

Landrat Dr. Zwicker schließt die Sitzung.

gez.
Dr. Kai Zwicker

gez.
Kirsten Bertling

V e r m e r k

Besprechung Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren, 16.02.2016

Anwesende:

Kreis Borken: Elisabeth Büning, Susanne Lökes, Dr. Gerswid Altenhoff-Weber, Torsten Henseler

LaKI: Christiane Bainski (Leitung), Dr. Stefan Buchholt (stellv. Leitung)

Ergebnisse:

Organisation KI:

Das Bildungsbüro und das kommunale Integrationszentrum (KI) müssen als Organisationseinheit gleichwertig nebeneinanderstehen. Das KI kann nicht Teil des Bildungsbüros sein. Ein KI muss eine eigene Leitung haben, die zu 100% in der Funktion tätig ist. Die stellv. Leitung muss aus einer anderen Berufsgruppe besetzt werden.

Die Überlegung, die vorhandene Steuerungsstruktur des Bildungsbüros auch für das KI zu nutzen, wird sehr positiv eingeschätzt.

Personal:

Für die Abordnung der Lehrerstellen sind nun auch unterjährige Verfahren möglich. Empfehlung ist mit der Bezirksregierung zu klären, ob nicht ein Personalrat stellvertretend die Stellenbesetzung durchführen kann. In anderen Regionen ist dies bereits der Fall.

Die Lehrer werden zunächst für ein Jahr abgeordnet.

Controlling:

Es wird ein inhaltbasiertes, qualitatives Controlling durchgeführt. Das Controlling wird durch die Leitung des KIs monatlich umgesetzt. Das Controlling nimmt die konkreten Tätigkeiten und jeweils durchgeführten Maßnahmen zur Erreichung der Ziele in den Blick. Es werden die eingesetzten Zeitbudgets für jede Personalstelle abgefragt. Ziel ist, 70% der monatlichen Tätigkeiten konkret zu beschreiben und zu erfassen.

Auf dieser Basis werden Wirksamkeitsdialoge zwischen der LaKI und dem KI zur Unterstützung der Arbeit durchgeführt. Die Daten werden wenn nur anonymisiert weitergegeben.

Projektbegleitung:

Die Leitungen der KIs treffen sich zweimal im Jahr für zwei Tage zum Austausch und zur inhaltlichen Besprechung der Arbeit. Ansonsten gibt es thematische Arbeitskreise die sich ca. einmal pro Quartal treffen. Arbeitskreise existieren bspw. zu den Themen Seiteneinsteiger, Schulberatung, frühe Bildung als auch zu Querschnittsthemen wie Integration und Sport, Arbeit und Geflüchtete.

Es existiert eine Arbeitsgruppe Übergang, die sich insb. mit Thema angepasste Formen der Potentialanalyse, Zusammenarbeit mit Eltern sowie dem Übergang 16+/18+ beschäftigt.

Antragsstellung:

Aus Sicht des LaKI sollen wir uns inhaltlich stärker fokussieren. Die bisher dargestellten Handlungsfelder und Aufgaben sind für zwei Jahre aus der Sicht des LaKI zu umfangreich.

Empfehlung ist, zu den beiden zentralen Aufgabenfeldern „Integration durch Bildung“ und „Integration als Querschnittsaufgabe“ konkrete Zielsetzungen zu benennen und hierzu erforderliche Aufgabenpakete übersichtlich darzustellen.

Für das Themenfeld „Integration als Querschnitt“ lassen sich bspw. folgende Zielsetzungen darstellen:

- Herstellung von Transparenz über den regionalen Angebote und Netzwerke
- Aufbau eines Monitorings zu Verbesserung der Datenlage
- Akquise und Verteilung von Fördermitteln

Für das Themenfeld „Integration durch Bildung“ lässt sich bspw. auch ein Schwerpunkt im regionalen Unterstützungbedarf im Übergang S I nach S II festlegen, der dann mit konkreten Aufgaben beschrieben wird.

Grundsätzlich sollte sich auch die Zielsetzung der interkulturellen Öffnung als konkrete Perspektive genannt werden.

Integrationskonzept:

Wichtig bei der Erstellung des Integrationskonzepts ist der Nachweis der zivilgesellschaftlichen Beteiligung bei der Erstellung und Abstimmung. Dies kann bspw. durch Runde Tische oder ähnliches geschehen. Das Integrationskonzept muss nicht bis in das kleinste Detail heruntergebrochen werden. Wichtig ist die Darstellung von konkreten und abgestimmte zentralen Zielsetzungen der Integration.

KOMM-AN NRW:

Der Kreis Borken wird voraussichtlich 1,5 Stellen in dem Programm beantragen können. Der Schwerpunkt hier liegt auf dem Bereich Geflüchtete.

Im Auftrag

Torsten Henseler